

Fossile Inflation

Wie Öl- und Gaspreise die Inflation treiben
und Haushalte geschützt werden können



Fossile Inflation

Wie Öl- und Gaspreise die Inflation treiben und Haushalte geschützt werden können

Autor

Dr. Mauricio Vargas
Experte für Wirtschaft und Finanzen, Greenpeace e. V.
T +49 151 11765567
M mvargas@greenpeace.org

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Rund 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e. V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0 Pressestelle T 040 30618-340, F 040 30618-340, presse@greenpeace.de, greenpeace.de Politische Vertretung Berlin Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, T 030 308899-0 V.i.S.d.P.: Dr. Mauricio Vargas Autor: Dr. Mauricio Vargas. Grafiken © Greenpeace Stand 09/2026

Executive Summary

Die Lebenshaltungskosten steigen 2026 erneut rasant – und der Treiber ist derselbe wie so oft in den Jahrzehnten zuvor: die Preise für fossile Energie. Die vorliegende Analyse untersucht für den Euroraum und Deutschland, wie stark Öl- und Gaspreise die Inflation bestimmen.

Die Ergebnisse sind eindeutig: Vor der Pandemie erklärten die Veränderungen der Energiepreise 71 Prozent der Bewegung der Gesamtrate im Euroraum und 67 Prozent in Deutschland. Nach den Ausnahmejahren 2020 bis 2023, in denen die Corona-Pandemie, Lieferkettenbrüche und der russische Angriff auf die Ukraine das Inflationsbild verzerrten, ist dieses Muster zurück: **Seit 2024 erklären die Energiepreise 97 Prozent der Inflationsschwankungen im Euroraum und 62 Prozent in Deutschland.**

Die Preisstabilität hängt somit von Größen ab, die außerhalb des Einflussbereichs der Zentralbanken liegen: OPEC-Entscheidungen, geopolitische Konflikte und die Marktmacht fossiler Konzerne.

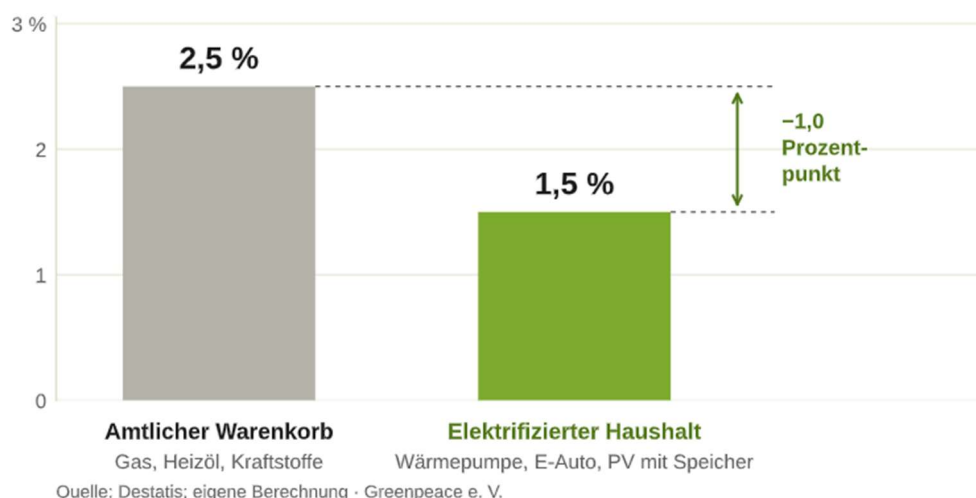
Die laufende Inflationsepisode seit Jahresbeginn bestätigt diesen Befund in Echtzeit. Der gesamte Anstieg von 1,5 Prozentpunkten, um den die Gesamtrate im Euroraum zwischen Januar und August 2026 gestiegen ist, entfällt auf den Energiebeitrag. Auch in Deutschland ist der Anstieg der Inflation seit Jahresbeginn vollständig auf die Entwicklung der Energiepreise aufgrund des Ölpreisschocks zurückzuführen. **Ohne diesen Schock hätte die Inflationsrate im Euroraum im August bei 2,2 statt 3,2 Prozent und in Deutschland bei 1,9 statt 2,9 Prozent gelegen.**

Die Abhängigkeit der Preisentwicklung von fossilen Energieträgern kann jedoch durchbrochen werden. **Die Simulation eines alternativen Warenkorb für einen vollständig elektrifizierten Haushalt in Deutschland zeigt, dass dessen Preisniveau seit 2020 um 2,6 Prozent niedriger liegt.** Dies entspricht einer um 0,4 Prozentpunkte geringeren Teuerungsrate pro Jahr. **Im laufenden Jahr ist der elektrifizierte Haushalt bis August einer Preissteigerung von 1,5 statt 2,5 Prozent ausgesetzt – einen ganzen Prozentpunkt weniger als der amtliche Warenkorb.**

Aus diesen Ergebnissen ergeben sich zwei zentrale politische Handlungsempfehlungen: Erstens sollten Zentralbanken, Wirtschaftswissenschaftler und die Öffentlichkeit die fossile Ursache der Lebenshaltungskostenkrise klar benennen, statt sie als vorübergehendes Phänomen abzutun. Zweitens ist die Abhängigkeit von Öl und Gas selbst das Problem: Solange die Preisstabilität hierzulande so dominant von externen Faktoren abhängt, ist sie geldpolitisch schwer zu steuern. Erste Notenbanken wie die PBOC und die Ungarische Nationalbank haben daraus bereits Konsequenzen gezogen und fördern Kreditvergaben zur Dekarbonisierung. Das zeigt: Der Ausbau preisstabiler erneuerbarer Energien ist damit nicht nur Klimaschutz, sondern Inflationsschutz. Dekarbonisierung wird zur Voraussetzung dafür, die Preisstabilität zu sichern.

Teuerung seit Jahresbeginn

Inflationsrate 2026 (YTD), Deutschland



1 Einleitung: Der unvollständige Inflationsdiskurs

Wer über Inflation spricht, spricht über die konkreten Lebensrealitäten der Menschen. In vielen Teilen der Welt sind die Preise seit Beginn des Jahrzehnts wieder deutlich gestiegen, nachdem sie lange Zeit niedrig waren. Diese Preissteigerungen bedeuten für die Menschen eine enorme finanzielle Belastung. Teilweise ist die Rede von regelrechten „Lebenshaltungskostenkrisen“, denen die Politik mit unterschiedlichen Politikinterventionen wie Preissubventionen versucht entgegenzuwirken. Doch was genau treibt diese steigenden Lebenshaltungskosten an? Was sind die tatsächlichen Ursachen für die Preisanstiege, und was bedeutet dies für die Geld- und Wirtschaftspolitik sowie für unser allgemeines Verständnis davon, wie unsere Energiesysteme organisiert sind? Und wie können nachhaltige Lösungen dieser Lebenshaltungskostenkrisen aussehen?

Während an einigen Orten — wie beispielsweise in Deutschland — nach wie vor die wirtschaftspolitische Sichtweise vorherrscht, dass Inflation in erster Linie ein monetäres Phänomen der Zentralbanken sei („Geld drucken“)¹, ist die Lehrbuchauffassung umfassender, aber nicht unbedingt vollständig ausgerichtet. Sie berücksichtigt zusätzliche Faktoren wie die fiskalische Dynamik und Erwartungen sowie Lohn- oder Konjunkturentwicklungen, die über die Zinssätze der Zentralbank so gesteuert werden sollen, dass die Preisentwicklung zumindest langfristig stabil bleibt. Die Reaktion der Zentralbanker auf Energiepreisschocks ist dementsprechend zurückhaltend: Die Preise für fossile Energien entziehen sich dem Einflussbereich von Notenbanken und ihre Schwankungen erweisen sich zumeist als transitorisch, also vorübergehend. Solange die Inflationserwartungen verankert bleiben, müsse die Zentralbank diese Schwankungen „ignorieren“ und nur auf die sogenannte Kerninflation achten — also die Inflationsrate ohne die durch Energie- (und Lebensmittel-)Preise verursachten Effekte.²

Die vorliegende Analyse hält diese Sichtweise nicht per se für falsch, wirft jedoch die Frage auf, ob sie — angesichts der identifizierten dominierenden Rolle der Energiepreise bei Inflationsschwankungen — ausreichend ist.

Wie zentral die Preise für fossile Energieträger in der Realität sind, verdeutlicht sich in der Prognosepraxis der Zentralbanken selbst. Die makroökonomischen Projektionen der EZB sind beispielsweise technisch gesehen von den Terminpreisen für Öl und Gas „abhängig“: Die Annahme für den künftigen Ölpreis leitet sich weitgehend aus dem Verlauf der Terminkurve ab und bestimmt

die Inflationsvorhersagen. In den Projektionen vom September 2026 gingen die Experten der EZB beispielsweise auf der Grundlage der Terminkurve davon aus, dass die Öl- und Gaspreise im dritten Quartal 2026 ihren Höchststand bei rund 88 US-Dollar pro Barrel bzw. 60 Euro pro Megawattstunde im vierten Quartal erreichen und danach wieder sinken würden — und leiteten daraus einen vorübergehenden Inflationsanstieg mit Zielerreichung im Jahr 2028 ab. Die EZB selbst formuliert die Abhängigkeit auf ihrer Projektionsseite mit bemerkenswerter Offenheit: Wenn die Ölpreise wie an den Terminkurven eingepreist fallen, wird die Inflation entsprechend im Jahr 2028 wieder auf das Zwei-Prozent-Ziel zurückkehren.³ Konkret bedeutet das, dass die aktuellen Abweichungen vom Inflationsziel im Wesentlichen auf die Preise für fossile Energieträger zurückzuführen sind.

Trotz dieses offenkundig dominierenden Faktors, der den Inflationsverlauf beeinflusst, bleibt der Einfluss des Ölpreises in der Regel außerhalb der Debatten um geldpolitische Entscheidungen, eben weil er nicht zu den direkten Steuergrößen der Zentralbank gehört.⁴ Aber rechtfertigt das auch das Fehlen einer gesellschaftlichen Debatte über die fossilen Ursachen der aktuellen Lebenshaltungskostenkrise und kann sich eine Zentralbank als Hüterin der Preisstabilität dieser Debatte entziehen? Und sollte nicht auch die Wirtschaftswissenschaft ihr Verständnis von Inflation aktualisieren und überlegen, wie die „fossile Inflation“ in der Wirtschafts- und Geldpolitik angemessen adressiert werden könnte? Ein Hebel, der Zentralbanken zur Verfügung steht, könnte beispielsweise darin bestehen, ihre geldpolitischen Instrumente zu nutzen, um über ein „Green Lending Scheme“ Anreize für die Dekarbonisierung zu schaffen, das die Umstellung unserer Energiesysteme weg von preisvolatilen fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Alternativen begünstigt, die nicht nur sauber sind, sondern auch stabile und langfristig voraussichtlich sinkende Preise aufweisen.⁵

2 Der direkte Zusammenhang zwischen fossilen Energiepreisen und Preisinstabilität

2.1 Methodische Vorbemerkung

Die folgende Analyse der Wirkung von Energiepreisen zielt auf die Treiber der Preisschwankung, nicht auf das Niveau der Inflation selbst. Der Grund dafür ist ökonomischer Natur: Solange das Niveau stabil bleibt und ein moderates Maß nicht überschreitet, ist eine konstante Inflationsrate gesellschaftlich weit weniger schädlich als

¹Maßgeblich beeinflusst durch die Arbeiten von Friedman, M. und Schwartz, A. J. (1963) dessen Aussage, dass „Inflation is always and everywhere a monetary phenomenon“ sei, die Denkschule begründete.

²Während einer von der Harvard University im März veranstalteten Diskussionsrunde erklärte der ehemalige Fed-Vorsitzende Jerome Powell laut CNN: „Man neigt dazu, jegliche Art von Angebotsschock zu ignorieren. Ein entscheidender Aspekt dabei ist jedoch, dass man die Inflationserwartungen sorgfältig im Auge behalten muss.“

³ECB staff macroeconomic projections for the euro area, March 2026; ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area, September 2026.

⁴Diese Zurückhaltung erscheint umso fragwürdiger, als Zentralbanker — wie beispielsweise Jens Weidmann, ehemaliger Präsident der Bundesbank — Politikbereiche, die außerhalb ihres Einflussbereichs liegen, wie etwa eine angeblich undisziplinierte Finanzpolitik, aufgrund der damit verbundenen Inflationsrisiken ganz ausdrücklich kritisiert haben (Zitiert in Süddeutsche Zeitung 2012: [Bundeshaushalt: Chef der Bundesbank rügt Koalition](#)).

⁵Einige Forschende haben einen dualen Zinssatz vorgeschlagen, bei dem die Zentralbank für grüne Investitionsprojekte einen vergünstigten Zinssatz anbietet. Dieser Vorschlag ist nicht neu. Die People's Bank of China startete 2021 ein grünes Kreditprogramm, während die ungarische Zentralbank die Eigenkapitalvorschriften nach grünen Kriterien anpasste.

ihre Schwankung. Wirtschaftssubjekte können sich auf ein stabiles Preisniveau einstellen und eine konstante Teuerungsrate in ihre Entscheidungen einpreisen - bei der Festlegung von Nominalzinsen, beim Abschluss langfristiger Lieferverträge oder in Tarifverhandlungen. Schwankungen des Preisniveaus hingegen sind stets ökonomisch schädlich, weil sie unerwartet eintreten und damit zu spürbaren Einkommensverlusten und geringerer Planungssicherheit führen.⁶ Diese Aussage gilt jedoch nur für moderate Inflationsraten und erklärt, warum die Zentralbanken tatsächlich positive Inflationsziele anstreben, wie beispielsweise das 2-Prozent-Ziel (und sogar erwogen hatten, noch höhere Ziele festzulegen), da bei diesen moderaten Werten nicht das Niveau selbst der kritische Faktor ist,⁷ sondern das Risiko vielmehr von den Schwankungen ausgeht.

2.2 Das deskriptive Bild

Abbildung 1 zerlegt die Gesamtrate in die beiden für die Inflationsanalyse relevanten Treiber - den Energiebei-

trag und den Beitrag der übrigen Komponenten einschließlich Nahrungsmittel - und gibt die Entwicklung der vergangenen dreizehn Jahre rein deskriptiv wieder. In den ruhigen Jahren von 2013 bis 2020 bildet der Kernbeitrag ein nahezu flaches Plateau. Jedes Auf und Ab der schwarzen Gesamtlinie ist der orangefarbene Energiebalken, der über und unter die Nulllinie schwingt. Im Inflationsschub 2021/22 - mit einem Höhepunkt von 10,6 Prozent im Euroraum im Oktober 2022 und 11,6 Prozent in Deutschland - wachsen erstmals alle Komponenten gleichzeitig: Ausgelöst durch eine Kette von Sondereffekten - Corona-Pandemie, Lieferkettenabbrüche und kriegsbedingte Schocks - verbreiterte sich die Inflationsdynamik ab 2020. In einer Phase der Normalisierung ab 2023 drückt der negative Energiebeitrag die Gesamtrate rasch nach unten, während der energiebereinigte Kernanteil zwar ebenfalls sinkt, aber auf einem erhöhten Niveau von zwei Prozent verharrt und damit im Zielbereich der EZB liegt.

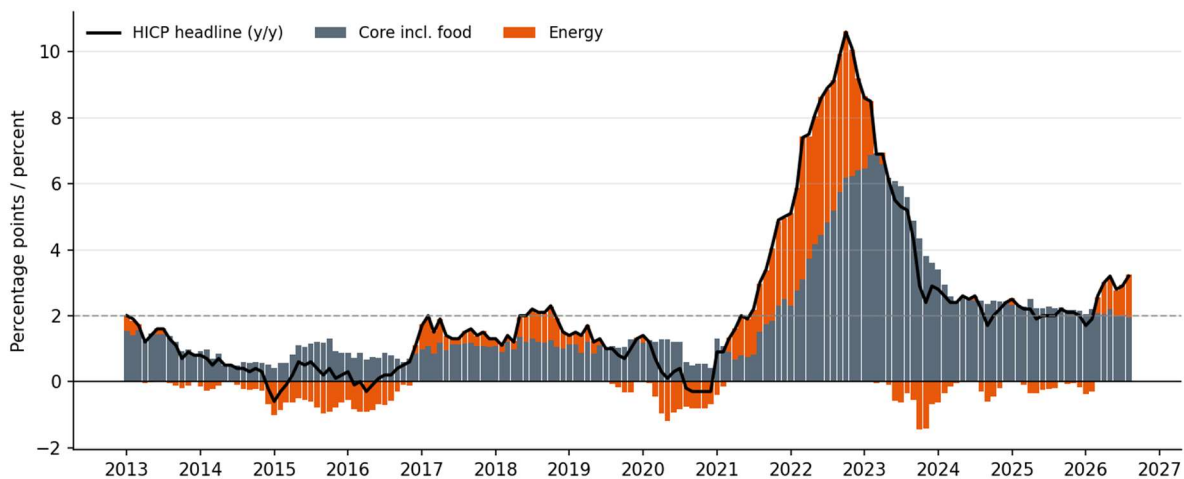


Abbildung 1: Beiträge der Hauptkomponenten (Energie sowie Kern einschließlich Nahrungsmittel) zur Gesamtrate des HVPI im Euroraum, Januar 2013 bis August 2026. Positive Beiträge sind ab der Nulllinie nach oben, negative nach unten gestapelt; die Summe entspricht der schwarzen Gesamtlinie. Daten: Eurostat, EZB.

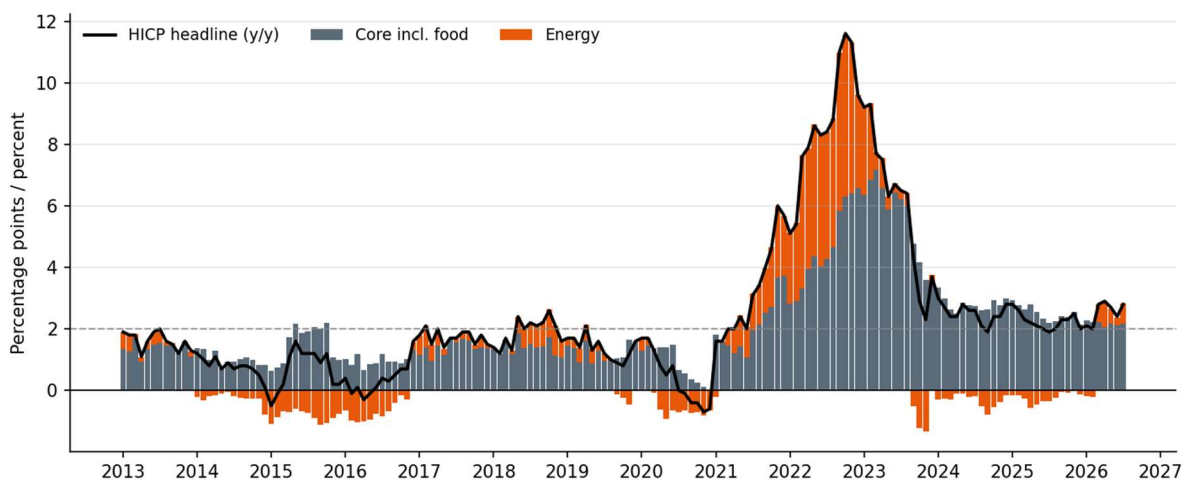


Abbildung 2: Beiträge der Hauptkomponenten zur Gesamtrate des HVPI in Deutschland, Januar 2013 bis August 2026. Positive Beiträge sind ab der Nulllinie nach oben, negative nach unten gestapelt; die Summe entspricht der schwarzen Gesamtlinie. Daten: Eurostat, EZB.

⁶U. a. Fischer, S. 1996: [Why Are Central Banks Pursuing Long-Run Price Stability?](#) oder Judson, R. und Orphanides, A., 1999: [Inflation, Volatility and Growth](#) haben diese Effekte detailliert beleuchtet.

⁷Wenn Inflation steigt, steigt in der Regel auch die Volatilität der Inflation. Vgl. bspw. hierzu Okun, A. M., 1971: [The Mirage of Steady Inflation](#).

Seit 2026 dominiert der Energiebeitrag wie schon vor der Pandemie erneut. Von den 1,5 Prozentpunkten, um die die Gesamtrate im Euroraum zwischen Jahresbeginn und August 2026 gestiegen ist, entfallen 1,7 Punkte allein auf den Energiebeitrag. Der Anstieg ist also vollständig energiegetrieben. In Deutschland ist das Bild noch ausgeprägter: 1,0 Prozentpunkte Energiebeitrag stehen in 2026 einem Gesamtanstieg von 0,8 Prozentpunkten gegenüber, weil die übrigen Komponenten im selben Zeitraum leicht dämpften.

Abbildung 3 quantifiziert mit Hilfe einer einfachen Varianzzerlegung den optischen Eindruck. Vor der Pandemie war die Inflation in beiden Räumen überwiegend

energiegetrieben: Energie erklärte 71 Prozent der Bewegung im Euroraum und 67 Prozent in Deutschland. Bezieht man die Pandemiejahre ein, sieht das Gesamtbild von 2013 bis 2026 anders aus: Energie wirkt mit 42 beziehungsweise 45 Prozent weiterhin stark, aber Kern- und Nahrungsmittelkomponenten bewegen sich nun vergleichbar stark. Ursache hierfür begründet sich im Regimeshift in den speziellen Krisenjahren 2020 bis 2023, der durch die Corona-Pandemie und die dadurch ausgelösten Verwerfungen - unterbrochene Lieferketten, umfangreiche fiskalische Reaktionen, etc. - sowie durch den russischen Angriff auf die Ukraine ausgelöst wurde. Nach dem Ende der Krisenphase ab 2023 normalisiert sich das Verhalten und die Inflationsschwankungen werden wieder solitär von der Energiekomponente dominiert: seit 2024 mit 97 Prozent im Euroraum und, möglicherweise gedämpft durch Maßnahmen wie den Tankrabbat im Mai und Juni, 62 Prozent in Deutschland.

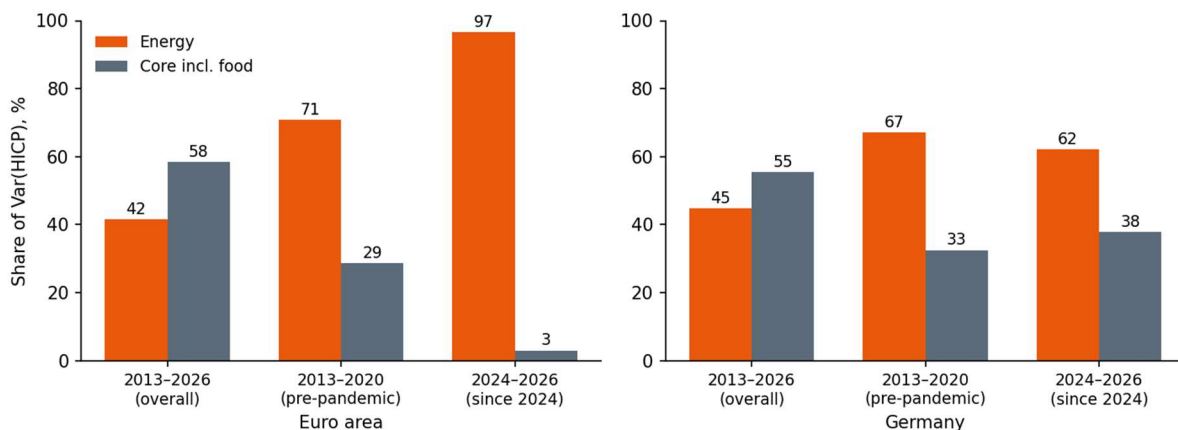


Abbildung 3: Anteil der Energie an der Schwankung der HVPI-Gesamtrate, nach Teilperioden. Links Euroraum, rechts Deutschland. Euroraum bis August 2026, Deutschland bis Juli 2026. Daten: Eurostat, EZB; eigene Berechnung.

2.3 Zweitrundeneffekte der Energie auf die Kernrate?

Um die Gesamtwirkung der Energiepreise auf die Inflation zu bestimmen, müssen auch die Effekte auf die Kernrate - die sogenannten Zweitrundeneffekte - berücksichtigt werden. Höhere Energiepreise wirken schließlich zeitversetzt etwa durch Lohnanpassungen auf Komponenten, die nicht im Energieblock erfasst sind.

Eine solche Analyse mittels Local Projections nach Jordà (2005) liefert jedoch ein Ergebnis, das zunächst überrascht, im Licht des vorangegangenen Abschnitts aber hoch plausibel ist. Über den gesamten Zeitraum 2013 bis 2026 zeigt sich ein ausgeprägter Zweitrundeneffekt: Ein Energieschock von einem Prozentpunkt hebt die Gesamtrate im Euroraum nach zwölf Monaten um 3,06 Punkte, wovon 1,50 Punkte auf die Kernkomponenten einschließlich Nahrungsmittel entfallen. In Deutschland lauten die entsprechenden Werte 2,56 und 1,49 Punkte.

Erweitert man die Analyse jedoch auf die Teilperioden, wird deutlich, dass sich jenseits der Pandemiephase

kein signifikanter Zweitrundeneffekt der Energiepreise auf die Kernrate nachweisen lässt. Im Vorkrisenfenster 2013 bis 2020 liegt die Kernreaktion nach zwölf Monaten im Euroraum bei 0,06 Punkten und in Deutschland bei 0,14 Punkten - in beiden Fällen statistisch nicht von null unterscheidbar. Der Gesamteffekt beruht ausschließlich auf der besonderen Krisenphase zwischen 2020 und 2023, die bereits als einmalige und durch Sondereffekte getriebene Regimeverschiebung beschrieben wurde und deren Zusammenhänge sich nicht ohne Weiteres auf die aktuelle Entwicklung übertragen lassen und daher für die weiteren Berechnungen nicht weiter betrachtet werden.

2.4 Welcher Anteil des Energiebeitrags ist ölgetrieben?

Zum besseren Verständnis der maßgeblichen Inflationstreiber wird der spezifische Einfluss des Ölpreises näher untersucht. Beim Ölpreis (Brent-Notierung in Euro) handelt es sich um eine Größe, die weitgehend außerhalb der europäischen Volkswirtschaften durch OPEC-Entscheidungen, geopolitische Konflikte und andere externe Faktoren bestimmt wird.

Energiebeitrag in Abh. von Brent in Euro (J/J), Lags 0–3	R ²	n	+10 % Ölpreis
Euroraum, 2013–2026	0,714	164	+0,31 Pp
Euroraum, 2013–2020 (vor Pandemie)	0,871	85	+0,21 Pp
Euroraum, 2024 – August 2026	0,773	32	+0,22 Pp
Deutschland, 2013–2026	0,591	163	+0,29 Pp
Deutschland, 2013–2020 (vor Pandemie)	0,768	85	+0,20 Pp
Deutschland, 2024 – Juli 2026	0,675	31	+0,13 Pp

Tabelle 1: Erklärungsgehalt des Ölpreises für den Energiebeitrag. (s. Regressionstabelle A1 im Anhang).

Eine einfache OLS-Regression zeigt: Ein Anstieg des Brent-Preises in Euro um zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr hebt den Energiebeitrag im Euroraum um 0,31 Prozentpunkte; der Ölpreis allein erklärt 71 Prozent der Bewegung der gesamten Energiekomponente. In Deutschland sind es 0,29 Punkte und 59 Prozent der Bewegung der Energiekomponente.

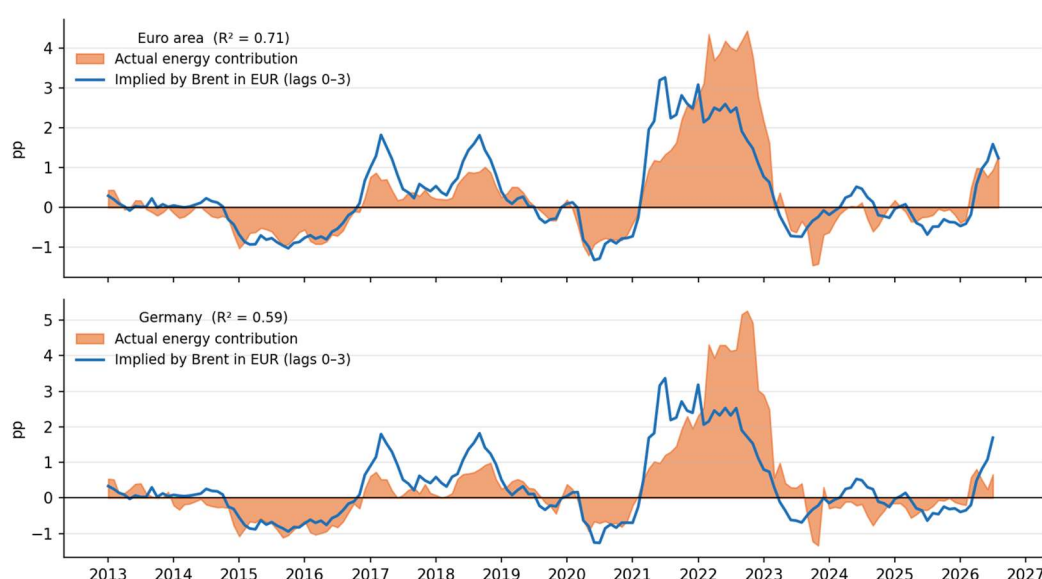


Abbildung 4: Tatsächlicher Energiebeitrag und aus dem Brent-Preis geschätzter Verlauf (OLS-Schätzung), 2013 bis 2026.

Außerhalb der Pandemiephase ist der Erklärungsgehalt des Ölpreises noch größer: Im Vorkrisenfenster erreicht das Bestimmtheitsmaß im Euroraum 0,871. Dieser Zusammenhang ist wenig überraschend, für die Interpretation aber entscheidend - er zeigt, dass die Energiekomponente, die ihrerseits die Schwankung der Gesamtrate dominiert, selbst von fossilen Preistreibern bestimmt wird.

Anders als etwa in den Vereinigten Staaten, wo der heimische Gasmarkt vom Weltmarkt weitgehend entkop-

pelt ist, wird in Europa ein erheblicher Teil der Energieerzeugung am niederländischen Handelspunkt TTF bepreist. Das Modell wird daher um die Jahresveränderungsrate des TTF-Gaspreises erweitert. **Die Hinzunahme des Gaspreises verbessert den Erklärungsgehalt des Schätzmodells (R²) im Euroraum von 0,71 auf 0,77 und in Deutschland von 0,59 auf 0,66 - ein Zugewinn von 8 beziehungsweise 12 Prozent. Insbesondere in der Phase ab 2022 wird der weitere Anstieg der Energiepreiskomponente wesentlich besser durch die Hinzunahme des Gaspreises erklärt.**

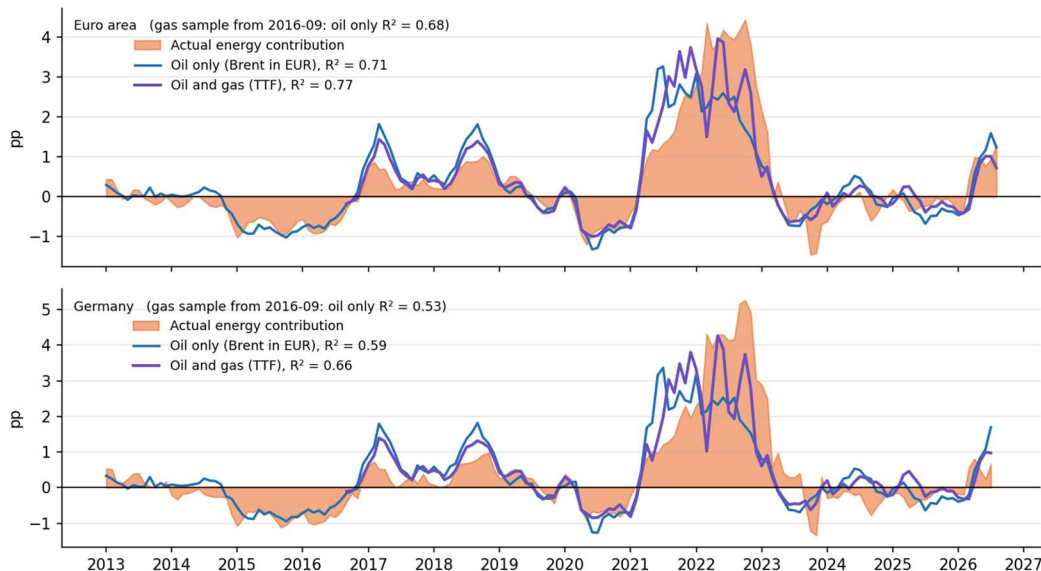


Abbildung 5: Tatsächlicher Energiebeitrag und aus dem Brent-Preis und Gaspreis TTF geschätzter Verlauf (OLS-Schätzung), 2013 bis 2026.

2.5 Welchen Einfluss hatte der Ölpreisschock des Frühlings 2026?

Was bedeuten diese Befunde für den jüngsten Inflationsanstieg? Die Gesamtrate im Euroraum lag im Januar 2026 bei 1,7 Prozent und erreichte im August bei 3,2 Prozent. In Deutschland stieg sie von 2,1 auf 2,9 Prozent im August.

Der Ölpreis hat sich im Gleichklang mit dieser Entwicklung bewegt. Brent notierte (im Monatsschnitt) im Januar bei 58,7 Euro je Barrel und stieg infolge des Iran-Kriegs

und der anschließenden Sperrung der Straße von Hormus bis April auf 94,3 Euro.⁸ Danach gab der Preis im Zuge des verhandelten Waffenstillstands zwischen den USA und dem Iran bis Juni auf 64,2 Euro nach, zog aber wegen erneuter militärischer Spannungen bis Juli wieder auf 77,8 Euro an.

Für die Berechnung der Auswirkung auf das Inflationsbild bestimmen wir zunächst, wie sich der Ölpreisverlauf direkt auf die Energiekomponente auswirkt, und vergleichen dies mit einem kontrafaktischen Szenario, in dem der Brent-Preis in Euro seit Januar 2026 konstant geblieben wäre.⁹ Die Differenz zwischen beiden Pfaden ergibt die folgenden Verläufe:

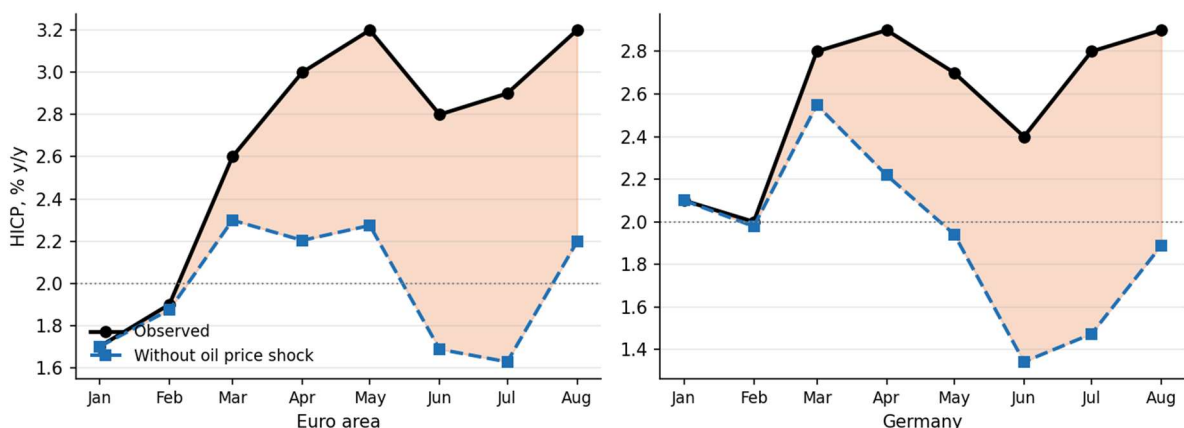


Abbildung 6: Tatsächliche Inflation und kontrafaktischer Pfad bei konstantem Ölpreis, Januar bis August 2026. Links Euroraum, rechts Deutschland.

⁸ Zu erwähnen ist, dass nicht allein der Ölpreis, sondern der gleichzeitige Anstieg der Raffineriemargen zu dem starken Preisanstieg für Kraftstoffe geführt hat. Vgl. hierzu IMK Inflationsmonitor vom September, [IMK Policy Brief Nr. 224](#).

⁹ Zwar stieg auch der Gaspreis TTF im Analysezeitraum sichtbar an, jedoch nicht so stark wie der Ölpreis. Aufgrund länger laufender Verträge und Zyklen der Heizsaison schlägt er sich zudem mit größerer Verzögerung in der Inflation nieder. Zudem legt das Schätzmodell bei Gas über die Lags hinweg keine eindeutige Richtung nahe (vgl. statistischer Anhang). Aus diesen Gründen modellieren wir den Schock ohne Gas.

Auf Grundlage der Schätzung des Öleinflusses aus Tabelle 1 auf den Energiebeitrag lag die Gesamtrate im Euroraum im August bei 3,2 Prozent statt bei 2,2 Prozent ohne die direkte Wirkung des Ölpreisschocks; in Deutschland bei 2,9 statt 1,9 Prozent.¹⁰ Der Anstieg der Gesamtrate seit Januar lässt sich damit im Euroraum größtenteils und in Deutschland vollständig auf den Ölpreis zurückführen.

3 Elektrifizierung: Wie Haushalte sich gegen fossile Inflation absichern können

Die hohe Abhängigkeit der Inflation von fossilen Energieträgern wirft die Frage auf, ob es jenseits geld- und wirtschaftspolitischer Eingriffe Wege gibt, wie sich einzelne Haushalte gegen Preisschwankungen fossiler Energie schützen können.

Untergruppe	Gewicht amtlich	Gewicht elektrifiziert
Strom	2,450	7,415
Gas	1,128	0,000
Heizöl	0,375	0,000
Feste Brennstoffe	0,061	0,000
Fernwärme und Sonstige	0,330	0,000
Kraftstoffe und Schmiermittel	3,071	0,000
Summe	7,415	7,415

Tabelle 2: Umbuchung der Gewichte im Warenkorb, in Prozent des Gesamtwarenkorbs. Basis: Wägungsschema 2020 des deutschen Verbraucherpreisindex. Quelle: Destatis; eigene Berechnung

Damit sinkt das Gewicht der fossil bezogenen Energie im Warenkorb von 4,965 Prozent auf null, während das Gewicht des Stroms von 2,450 auf 7,415 Prozent steigt.¹¹

Der Eigenverbrauch wird so modelliert, dass der Preisindex für Strom dem ursprünglichen Index nur noch zu

Um dies zu simulieren, modellieren wir einen Haushalt, der sich für die Elektrifizierung („electrified household“) entschieden hat, und vergleichen ihn mit dem amtlichen Warenkorb. Elektrifizierung ist dabei definiert als die Installation einer Photovoltaikanlage mit Speicher bei einem Eigenverbrauchsanteil von 70 Prozent (Alternativszenarien: 50 und 90 Prozent), der Ersatz der gesamten Wärmeversorgung - Gas, Heizöl, feste Brennstoffe und Fernwärme - durch eine strombetriebene Wärmepumpe sowie die Nutzung eines batterieelektrischen Fahrzeugs seit 2020.

Konkret wird die Zusammensetzung des deutschen Verbraucherpreisindex in zwei Untergruppen verändert. In der Gruppe „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ werden die Gewichte von Gas, Heizöl, festen Brennstoffen und Fernwärme auf null gesetzt und vollständig der Untergruppe „Strom“ zugeschlagen. In der Gruppe „Verkehr“ wird das Gewicht der Untergruppe „Kraftstoffe und Schmiermittel“ ebenfalls auf null gesetzt und gleichfalls dem Strom zugeschlagen.

30 Prozent (50; 10) folgt, während der Preis für den Eigenverbrauchsanteil von 70 Prozent (50; 90) konstant auf dem Niveau des Basismonats Januar 2020 verharrt (sämtliche Teilindizes sind auf Januar 2020 = 100 rebasiert). Auf dieser Grundlage wird in Abbildung 7 ein alternativer „Index des elektrifizierten Haushalts“ berechnet und dem amtlichen Gesamtindex gegenübergestellt.

¹⁰Methodisch wird hier die Energiekomponente bei eingefrorenen Ölpreisen ab Januar mit Hilfe des Schätzmodells aus Tabelle A1 geschätzt und die Differenz der Schätzung zur tatsächlichen Entwicklung der Energiekomponente von der Inflationsrate abgezogen.

¹¹Zu beachten ist, dass die Rechnung ausschließlich die Wirkung auf die laufenden Verbrauchsausgaben abbildet. Die Investitionskosten etwa für

Photovoltaikanlage, Speicher und Elektrofahrzeug bleiben ebenso unberücksichtigt wie mögliche Einnahmen aus der Einspeisung. Die Ergebnisse sind keine Rentabilitätsrechnung, sondern eine Messung der Preisrisiko-Exposition: Sie zeigen, wie stark ein Haushalt den Schwankungen fossiler Energiepreise ausgesetzt bleibt - und wie weit er sich ihnen entziehen kann.

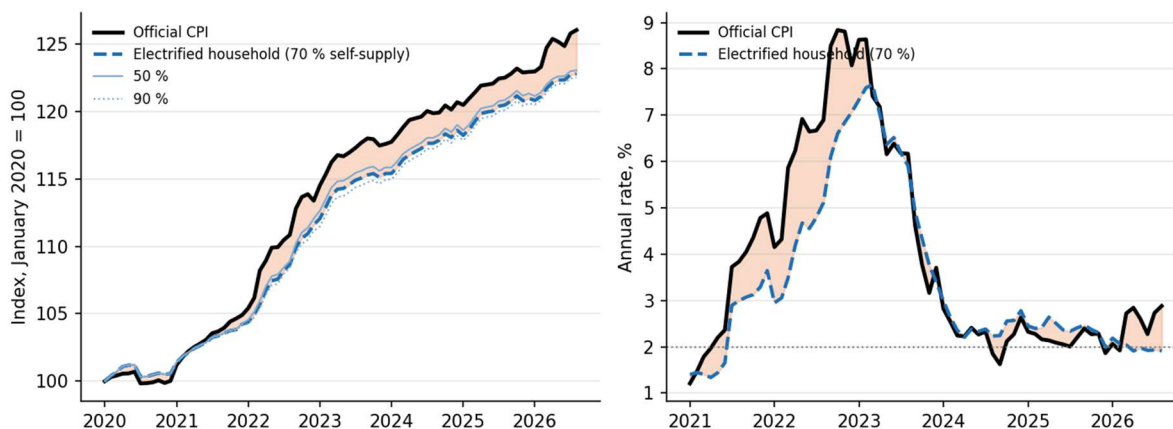


Abbildung 7: Amtlicher Verbraucherpreisindex gegenüber dem Index des selbstversorgten, elektrifizierten Haushalts, Januar 2020 bis August 2026, Basis Januar 2020 = 100. Links Preisniveau, rechts Jahresrate. Quelle: Destatis; eigene Berechnung.

Die Entwicklung der beiden Indizes bestätigt, was aus der vorangegangenen Analyse zu erwarten war. Haushalte, die in die Elektrifizierung von Heizung und Mobilität investieren und über eine Photovoltaikanlage mit

Speicher einen wesentlichen Teil ihres Strombedarfs zu konstanten Kosten selbst decken, können sich teilweise gegen die fossil verursachte Inflation abschirmen:

Eigenverbrauchsgrad	Differenz der Indizes seit 2020	Jahresraten	YTD 2026	Differenz zum amtlichen Korb
50 Prozent	-2,37 %	-0,36 Pp p. a.	1,42 %	-1,08 Pp
70 Prozent (Basisszenario)	-2,58 %	-0,40 Pp p. a.	1,50 %	-1,0 Pp
90 Prozent	-2,80 %	-0,43 Pp p. a.	1,59 %	-0,91 Pp
amtlicher Warenkorb	-	-	2,50 %	-

Tabelle 3: Ergebnisse des elektrifizierten Warenkorbs.¹²

Seit Januar 2020 liegt das Preisniveau für elektrifizierte Haushalte um 2,6 Prozent niedriger, was auf Jahresbasis einer um 0,40 Prozentpunkte geringeren Teuerungsrate entspricht. Im laufenden Jahr wird das Ausmaß der Unabhängigkeit vollends sichtbar: **Statt einer Preissteigerung seit Jahresbeginn in Höhe von 2,5 Prozent unterliegt der elektrifizierte Haushalt 2026 einer Preissteigerungsrate im gleichen Zeitraum von nur 1,5 Prozent, die damit einen ganzen Prozentpunkt unter der des aktuellen Durchschnittshaushalts liegt.**¹³

4 Fazit

Zu Beginn dieser Studie wurde folgende Frage gestellt: „Wie stark beeinflussen die Preise für fossile Energieträger die Inflation?“ Diese Frage lässt sich präzise beantworten, und die Antwort fällt größer aus als von gängigen Faustregeln angenommen. Vorliegende Analyse offenbart den diesen starken Einfluss und zeigt, dass die Energiekomponente die Gesamtinflationsrate dominiert. Vor der Pandemie machten die Energiepreise 71 Prozent der Schwankungen der Inflation im Euroraum aus, während alle anderen Komponenten zusammen nur einen geringen Einfluss hatten. Seit 2024 dominiert gar der Einfluss der Energiepreise und erklärt 97 Prozent der Schwankungen der Gesamtinflationsrate. Allein die

Ölpreise sind im Euroraum für 71 Prozent und in Kombination mit den Gaspreisen für 77 Prozent der Schwankungen der gesamten Energiekomponente verantwortlich. In Deutschland sind die Einflüsse der Energiepreise ebenfalls stark, liegen aktuell aber mit 62 % seit 2024 möglicherweise auch wegen Maßnahmen wie dem Tankrabatt etwas darunter.

Der aktuelle Inflationsschock, der durch den Krieg im Iran ausgelöst wurde, bestätigt das Muster dominanter Energiepreise erneut in Echtzeit. **Der Anstieg der EWU-Inflation um 1,5 Prozentpunkte zwischen Januar und August 2026 ist vollständig auf steigende Energiepreise zurückzuführen, die maßgeblich durch die Ölpreise verursacht wurden.** Eine kontrafaktische Schätzung zeigt, welche Kosten dadurch für die Haushalte entstanden sind: **Wäre der Ölpreis auf dem Niveau vom Januar geblieben, hätte die Gesamtinflation im Euroraum im August 2,2 Prozent statt 3,2 Prozent und in Deutschland 1,9 Prozent statt 2,9 Prozent betragen. Daher sind im Euroraum bzw. in Deutschland die Anstiege der Gesamtinflation seit Jahresbeginn größtenteils direkt auf steigende Ölpreise zurückzuführen.**

Unsere Simulation eines elektrifizierten und damit teilweise dekarbonisierten Inflationskorbs für Deutschland zeigt, dass Haushalte wirksam vor fossilen Preisschocks

¹² Die Rangfolge ist hier umgekehrt zur intuitiven Erwartung: Der 50-Prozent-Haushalt schneidet am besten ab, der 90-Prozent-Haushalt am schlechtesten. Der eingeföhrte Eigenverbrauchsanteil blendet auch Preisrückgänge aus, und der amtliche Strompreisindex ist 2026 leicht rückläufig (von 118,0 im Juli auf 117,8 im August). Wer mehr Strom selbst erzeugt, nimmt weniger an dieser Entlastung teil.

¹³ Berechnet bis August.

geschützt werden können. **Ein Haushalt, der eine Wärmepumpe und ein E-Auto nutzt und somit auf fossile Brennstoffe verzichtet, einen Teil seines Stromverbrauchs durch eine eigene Photovoltaikanlage und Speicherkapazitäten deckt und somit weniger fossile Kraftstoffe verbraucht, hätte in diesem Jahr eine Inflationsrate von 1,5 Prozent statt 2,5 Prozent verzeichnet — also 1 Prozentpunkt weniger. Über den Zeitraum seit 2020 wäre der elektrifizierte Haushalt einer um 0,40 Prozentpunkte geringeren Inflationsrate pro Jahr ausgesetzt.**

Daraus lassen sich zwei Schlussfolgerungen ziehen. Erstens sollten Zentralbanken, Ökonomen und die Öffentlichkeit die Ursachen der wiederkehrenden Lebenshaltungskostenkrisen anerkennen, anstatt sie als vorübergehende, energiebedingte Inflation abzutun. Aus Sicht von Zentralbankern braucht es ganz konkrete Änderungen, beispielsweise eine entschiedene Zentralbankkommunikation zugunsten von Dekarbonisierungsmaßnahmen, um die Preisstabilität zu fördern (vergleichbar mit der Art und Weise, wie Zentralbanker es mit Blick auf die Haushaltsdisziplin tun, um fiskalische Dominanz zu vermeiden).

Zweitens ist die Abhängigkeit von Öl und Gas das eigentliche Problem hinter der Preisvolatilität der letzten

anderthalb Jahrzehnte. Solange Preisstabilität derart stark von diesen Faktoren abhängt, müssen sich die Zentralbanker die Frage stellen, ob ihr derzeitiges geldpolitisches Instrumentarium ausreichend ist, um Preisstabilität in all ihren Dimensionen gewährleisten zu können. Die vorliegende Analyse legt nahe, dass das nicht der Fall ist. Erste Zentralbanken, wie die PBOC und die Ungarische Nationalbank, haben diese Erkenntnis daher bereits in ihr Instrumentarium integriert, indem sie geldpolitische Programme zur Förderung grüner Kreditvergabe eingerichtet haben, um Investitionen in die Dekarbonisierung und damit Preisstabilität aktiv zu fördern.

Elektrifizierung und der Ausbau preisstabiler erneuerbarer Energiequellen tragen also nicht nur zum Klimaschutz, sondern auch zum Schutz vor Inflationsschocks bei. Sie sollten daher sowohl von den Zentralbanken als auch von den Finanzministerien als Instrument zur Schaffung wirtschaftlicher Stabilität stärker in die wirtschafts- und geldpolitischen Überlegungen einbezogen werden.

Denn die Fakten sind eindeutig: Die Dekarbonisierung ist unerlässlich, um die durch die „fossile Inflation“ verursachte Krise der Lebenshaltungskosten zu bewältigen - in Deutschland, Europa und Weltweit.

Statistischer Anhang: Vollständige Regressionsergebnisse zu Abschnitt 2.4

Abhängige Variable ist der Beitrag der Energiekomponente zur Jahresrate des HVPI in Prozentpunkten. Erklärende Variablen sind die Jahresveränderungsraten des Brent-Preises in Euro und des TTF-Gaspreises, jeweils mit den Verzögerungen null bis drei. HAC-Standardfehler nach Newey und West mit sechs Verzögerungen in Klammern.

	(1) Euroraum nur Öl	(2) Deutschland nur Öl	(3) Euroraum Öl und Gas	(4) Deutschland Öl und Gas
Konstante	0,18639* (0,09530)	0,21451* (0,12584)	0,16888** (0,08131)	0,22978* (0,12295)
Öl, Lag 0	0,00575** (0,00269)	0,00476 (0,00339)	0,00321 (0,00220)	0,00219 (0,00287)
Öl, Lag 1	0,00910*** (0,00256)	0,00820*** (0,00308)	0,01027*** (0,00324)	0,00923** (0,00402)
Öl, Lag 2	0,00108 (0,00322)	-0,00075 (0,00385)	0,00139 (0,00316)	0,00110 (0,00416)
Öl, Lag 3	0,01460*** (0,00482)	0,01701*** (0,00660)	0,00692** (0,00331)	0,00668 (0,00469)
Gas, Lag 0	-	-	-0,00202 (0,00138)	-0,00312* (0,00161)
Gas, Lag 1	-	-	-0,00095 (0,00175)	-0,00132 (0,00213)
Gas, Lag 2	-	-	0,00117 (0,00085)	0,00221** (0,00103)
Gas, Lag 3	-	-	0,00430*** (0,00129)	0,00478** (0,00185)
Summe Öl-Lags	0,03053***	0,02921***	0,02179***	0,01921***
Summe Gas-Lags	-	-	0,00250	0,00255
+10 % Öl (Pp)	0,305	0,292	0,218	0,192
+10 % Gas (Pp)	-	-	0,025	0,025
R ²	0,714	0,591	0,772	0,664
adj. R ²	0,707	0,581	0,756	0,640
n	164	163	120	119
Stichprobe	2013-01 – 2026-08	2013-01 – 2026-07	2016-09 – 2026-08	2016-09 – 2026-07

Tabelle A1: Energiebeitrag und fossile Preise, OLS mit HAC-Standardfehlern (6 Lags). *** $p < 0,01$, ** $p < 0,05$, * $p < 0,10$. Die Signifikanz der Lag-Summen beruht auf einem F-Test der jeweiligen Linearkombination.

Lesehinweise. Die Lag-Struktur des Ölpreises weist zwei Gipfel auf - bei einem und bei drei Monaten - mit einer Delle bei Lag 2. Das entspricht der Transmissionskette: Kraftstoffpreise an der Zapfsäule reagieren nahezu unmittelbar, Heizkosten- und Netza abrechnungen folgen mit Verzögerung.

Die Summe der Ölkoeffizienten sinkt deutlich, sobald der Gaspreis in die Gleichung aufgenommen wird: im Euroraum von 0,0305 auf 0,0218, in Deutschland von 0,0292 auf 0,0192. Die Gaskoeffizienten wechseln über die Verzögerungen das Vorzeichen: Lag 0 und 1 sind negativ, Lag 2 und 3 positiv. Gaspreisänderungen brauchen länger bis sie wirken und zeigen bei vier Lags keine eindeutige Richtung. Genau diese Konstellation begründet, weshalb die kontrafaktische Rechnung in Abschnitt 2.5 beim reinen Ölmodell bleibt: Für die Anpassungsgüte ist die kombinierte Spezifikation des Regressionsmodells überlegen, für die Fortschreibung eines stark asymmetrischen Preispfades ist die Lag-Struktur des Gases nicht hinreichend aussagekräftig.